

## Wie stellen Sie sich das zukünftige Wohnen in unserer Stadt Berlin vor ?



Für die Podiumsdiskussion am 16. August 2016 lud Ingeborg Gotthold, Vorsitzende des Arbeitskreis Wohnen des ver.di-Bezirks-seniorInnenausschusses, ein. Unter dem Titel „**Wohnungspolitik ist Teil der Daseinsvorsorge**“ kamen 90 Seniorinnen und Senioren aus dem Bezirk Berlin in das ver.di-Haus.

Gäste waren:  
Katrin Lompscher (Die Linke)

Daniel Buchholz (SPD)

Andre Otto (Bündnis 90/ Die Grünen)

Matthias Brauner (CDU)

Moderator: Dieter Pienkny



In ihrer Eröffnungsrede trug Ingeborg die Forderungen vor, die im Arbeitskreis Wohnen aufgestellt wurden. Einige der Seniorinnen und Senioren hatten sie im Vorfeld gefragt, was wir mit dieser Veranstaltung erreichen wollen.

**„Wir wollen von den Politiker/innen hören, was sie sich nach ihrer Wahl vornehmen, um die Wohnungssituation sozial ausgewogen zu verbessern, um sie später an ihre Versprechen zu erinnern und zu messen.“**

Aufmerksam verfolgten die Anwesenden, was die Politiker auf die Fragen des Moderators Dieter Pienkny antworteten. Im Verlauf der fast zweistündigen Veranstaltung hatten die Anwesenden auch die Gelegenheit, schriftlich Fragen zu stellen. Einige davon blieben aus Zeitgründen unbeantwortet., werden aber später schriftlich beantwortet werden.



### **Auszug der Aussagen:**

#### **Daniel Buchholz (SPD)**

Die Zahl der kommunalen Wohnungen bis 2026 ist um 100 000 auf 400 000 aufzustocken. Bei kommunalen Neubauten sollen 30 Prozent und bei privaten 25 Prozent der Wohnungen ab einem Einstiegspreis von 6,50 Euro den Quadratmeter vermietet werden. Die Miete in Sozialwohnungen soll nicht mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens betragen.

### **Matthias Brauner(CDU)**

Gleiche Aussage wie die SPD und weiter - dass das Land Wohnungseigentümer mit einem Modernisierungsdarlehen von 25 000 Euro fördert. Dafür müssten diese sich verpflichten, die Mietpreisbindung um 20 Jahre zu verlängern.

### **Andre Otto(Bündnis 90/ Die Grünen)**

Sie wollen Zwangsräumungen verhindern und die Kosten der Unterkunft großzügiger regeln. Im Sozialbau sollen einkommensorientierte Mieten unterhalb der Vergleichsmiete eingeführt werden.

### **Katrin Lompscher (Die Linke)**

Sie wollen Zwangsräumungen verhindern und die Kosten der Unterkunft großzügiger regeln. Im Sozialbau sollen einkommensorientierte Mieten unterhalb der Vergleichsmiete eingeführt werden. Die Linke will, dass 500 000 Wohnungen und damit jede vierte mietpreis- und belegungsgebunden ist.

Weitere Themenblöcke waren:

- Aufgabe der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften
- Korrektur der Förderprogramme
- Überarbeitung der Mietpreisbremse
- Zurückdrängung von Miet- in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten

Die Kernaussagen können in einem Parteien-Check Wohnen nachgelesen werden:

<http://www.rbb-online.de/politik/wahl/berlin/wahlprogramme/wohnen-wahlprogramme-berlin-abgeordnetenhaus-wahl.html>



Zum Abschluss der Veranstaltung bat Ingeborg Gotthold die Berliner Seniorinnen und Senioren darum, mit einer grünen oder roten Karten die einzelnen Aussagen der anwesenden Politiker zu bewerten.

Bericht: Heidi Smolarz

Fotos: Gabriele Senft